

Unabhängiger Monitoringausschuss
zur Umsetzung der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderungen
MonitoringAusschuss.at

**BMASK 1010 Wien, Stubenring 1,
20.07.2010 09:00 bis 12:00 Uhr**

Vorsitz: Marianne Schulze

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreterinnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Christina Meierschitz
Marianne Schulze
Silvia Weissenberg
Anthony Williams

VertreterIn aus dem Bereich der Menschenrechte:

entschuldigt

Vertreter aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Johannes Trimmel

VertreterIn der wissenschaftlichen Lehre:

entschuldigt

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Vertreter der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Martin Ladstätter
Heinz Trompisch
Markus Wolf

BMASK:

Waltraud Palank-Ennsmann
Wolfgang Iser

BSB:

Silvia Kutrowatz
Alfred Weber

zeitweise anwesend:

BMG II/A/7:

Günther Porsch (zu TOP 3a)

Resümeeprotokoll

Tagesordnung liegt vor. Weiters Entwürfe zu den Stellungnahmen „Armut“, „Behindertenplanstellen“, „ORF Publikumsrat“, „öffentliche Förderungen von Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen“, ein Schreiben des Landes Salzburg, ein Schreiben der MA 40 sowie ein Schreiben des BMASK zur Persönlichen Assistenz.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt und von der Vorsitzenden im Punkt Allfälliges noch ergänzt.

2. Protokoll vom 08. Juli 2010

Das Protokoll der letzten Sitzung wird beschlossen und unterzeichnet.

3. Stellungnahmen

a. Armut

Der Entwurf einer Stellungnahme wird bearbeitet, die Vorsitzende wird noch einmal einen geänderten Entwurf in Umlauf schicken.

Adressaten der Stellungnahme sollen alle Mitglieder der Bundesregierung sowie alle Landesregierungen sein.

b. Personalfragen

Der Entwurf einer Stellungnahme wird bearbeitet, die Vorsitzende wird die Änderungen einarbeiten. Der Entwurf wird beschlossen.

Adressaten der Stellungnahme sollen das BKA, FBM Heinisch-Hosek, das BMF sein, eine Kopie soll an die Beschwerdeführerin im Fall 14 gehen.

c. ORF

Der Entwurf einer Stellungnahme wird bearbeitet, die Vorsitzende wird die Änderungen einarbeiten. Der Entwurf wird beschlossen.

Adressat der Stellungnahme soll das BKA sein.

3a. Gespräch mit BMG

Die Vorsitzende verweist auf die letzte Teilnahme des BMG sowie auf die ergangene Stellungnahme zur Schaffung einer Clearingstelle.

Der Vertreter BMG verweist auf die schwierigen Schnittstellen von Bundes- und Länderzuständigkeiten. Er werde eine Information an den Herrn BMG vorbereiten und den Ausschuss über die weiteren Schritte informieren. Er ersucht um einen kurzen Brief des Ausschusses zur Initiierung des Prozesses.

Besonders hervorgehoben wird vom Ausschuss der aus menschenrechtlicher Sicht entwürdigende Aspekt des Hin- und Herverweisens antragstellender Bürger zwischen verschiedenen Stellen, der langen Bearbeitungszeiten sowie des Vorenthalts von Leistungen durch Zeitverzögerung.

4. Einzelfälle

a. Altfälle

Einige Schreiben des MA sind noch unbeantwortet, es gibt aber keinen aktuellen Handlungsbedarf.

b. Neue Fälle

Die Vorsitzende berichtet vom neuen Fall 29, wo aber ein Ruhen mit der Beschwerdeführerin vereinbart worden sei.

c. Anfragen wegen Subventionskürzungen

Zu den entsprechenden Herantreten an den Ausschuss liegt der Entwurf einer Stellungnahme vor, die noch weiter bearbeitet werden soll.

5. Schreiben BMASK zu Persönlicher Assistenz

Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen. Die auf der LandessozialreferentInnen-Konferenz beschlossene Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit Bund und Ländern wird begrüßt. Wünschenswert wäre eine Kostenschätzung für flächendeckende bedarfsgerechte Assistenz.

Herr Ladstätter wird ein Schreiben an das BMASK vorbereiten, die Vorsitzende ein solche an die LandessozialreferentInnen.

6. Schreiben Salzburger Landesregierung zu „Integration“

Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen. Da dem Schreiben entnommen werden kann, dass sich eine andere Abteilung des Amts der LR noch ergänzend äußern werde, soll dieses abgewartet werden.

7. Allfälliges

- a. Ein Einwand zum Protokoll der öffentlichen Sitzung am 28.04.10 soll in der nächsten Sitzung behandelt werden.
- b. Ein Schreiben der MA 40 zum Fall 21 wird zur Kenntnis genommen. Es sei zu erwarten, dass sich die Wiener Interessensvertretung in ihrer nächsten Sitzung mit allen 3 anhängigen Wiener Fällen befassen werde.
- c. SCh Dobart vom BMUKK habe die Vorsitzende kontaktiert, seine Beauftragung mit anderen Aufgaben bekanntgegeben und sich für die gute Zusammenarbeit bedankt.
- d. Zur Integra-Messe in der vorletzten Septemberwoche wird beschlossen, sich für die Einladung zu bedanken und vorzuschlagen, dass ein Mitglied des Ausschusses im nächsten Jahr beim Eröffnungsprogramm einen Vortrag halten werde. In der davor liegenden Woche finde eine Veranstaltung von Human Outlet statt, zu der der Ausschuss ebenfalls eingeladen sei. Die Pressekonferenz des ÖGLB sei nunmehr auf September verschoben.

- e. Die LL-Version der Konvention soll noch einmal überarbeitet werden. Der Ausschuss will sich demnächst auch mit dem Thema Erstellung von leicht verständlichen Fassungen der Stellungnahmen befassen.
- f. Die Behindertenanwaltschaft Kärnten werde einen eigenen Bericht an den UN-Ausschuss in Genf schicken.
- g. Da mit einer dortigen Behandlung des Staatenberichts im April 2011 zu rechnen sei, sei die Deadline für den Ausschussbericht Jänner/Februar 2011.

h. Termine nächste Sitzungen

Die nächsten Sitzungen finden am **9. September 09:00** bis 12:00 Uhr sowie am **24. September** ab **11:00** Uhr jeweils im **Saal IV** am Stubenring1 statt, wobei die Vorsitzende am 09.09. verhindert sein wird. Am **20. oder 21. Oktober** soll die nächste öffentliche Sitzung stattfinden, betreffend den Ort werden noch Gespräche geführt. Themen sollen Gewaltprävention sowie eine Punktation des Berichts nach Genf sein.

Marianne Schulze
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg
(Schriftführerin)